

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## «Die Zukunft der Arbeitnehmer in Liechtenstein»

Vor der Maifeier des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) – Referat von S. D. Erbprinz Hans Adam

(G.M.) – «Die Zukunft der Arbeitnehmer in Liechtenstein» wird als Referat im Mittelpunkt der Maifeier des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV) stehen, die traditionsgemäß am Vorabend des «Arbeitsfeiertages» stattfinden wird. Als Referenten konnte der LANV S. D. Erbprinz Hans Adam verpflichten, der den Maifeiern in den letzten Jahren jeweils als Ehrengast bewohnte. Mit der Thematik des Referates hatte sich der LANV in den letzten Jahren immer wieder zu beschäftigen, denn Fragen wie «Überfremdung am Arbeitsplatz» und «ausgewogenes Verhältnis» zwischen einheimischer und ausländischer Wohnbevölkerung gehören zu den Dauerbrennern der LANV-Veranstaltungen.

Die Maifeier des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes unterscheidet sich wesentlich von den Vorbildern der Arbeiterbewegung in Europa. Mit der Formel «Feier statt Konfrontation» kann die LANV-Maifeier wohl am besten umschrieben werden, wobei sich die Organisatoren seit der ersten Maifeier im Jahre 1957 in unserem Land an diese Vorstellung gehalten haben, dass eine gemeinsame Feier – mit Gästen aus der Politik und der Arbeiterschaft – mehr bringen kann als harte Forderungen. Auf der anderen Seite bringt es der Begriff Feierstunde mit sich, dass die Besucherzahlen sich zumeist in bescheidenem Rahmen halten, ganz abgesehen davon, dass die steten Bemühungen des LANV zur Erhöhung der Mitgliederzahl nicht vom erhofften Erfolg gekrönt werden.

### Anfang vor hundert Jahren

Die Geschichte der Arbeiter-Maifeiern reicht genau hundert Jahre zurück. An einem internationalen Arbeiterkongress 1889 in Paris wurde, gleichsam als Auftakt für die Maifeiern, ein Manifest veröffentlicht, in dem es unter anderem hiess: «Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine grosse internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.» In unserem Land, wo der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband erst 1920 gegründet wurde, dauerte es etwas länger, bis sich die Arbeiter erstmals zu einer Maifeier trafen. Erst 1957 wurde in einem «Aufruf zum 1. Mai» zu einer Kundgebung aufgerufen, in dem folgende Mitteilung gemacht wurde: «Nachdem heute fast die ganze Welt den 1. Mai als Festtag der Arbeit feiert und auch Papst Pius XII. im Jahre 1956 den 1. Mai als Festtag der Arbeit für die katholische Welt erklärt hat, hat sich der Liechtensteinische Arbeiterverband entschlossen, diesen Tag auch in Liechtenstein in bescheidenem Rahmen mit einer Gedenkfeier zu feiern.» Und die Sektion Schaan des Arbeitnehmerverbandes richtete den «Vorschlag» an die Geschäftsleitungen: «Abends 5 Uhr allgemeiner Arbeitsschluss mit dem Ersuchen, der Arbeiterschaft den Lohnausfall für die Zeit bis 6 Uhr zu gewähren», damit die Arbeitnehmer auch an der Maifeier teilnehmen könnten.

### Geänderte Aufgabenstellung

Der LANV, der im kommenden Jahr auf sein siebenzigjähriges Bestehen zurückblicken kann, sieht sich derzeit einer geänderten Aufgabenstellung gegenüber.

Die ersten Statuten umschrieben den Aufgabenbereich des Arbeitnehmerverbandes noch mit den folgenden Worten:

«Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband hat die Aufgabe, die Lebenshaltung seiner Mitglieder auf eine möglichst moralisch hohe Stufe zu bringen und ihnen dauernd einen menschenwürdigen Anteil an den Errungenschaften der Kultur zu sichern. In den Vordergrund stellt der Verband die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, durch die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit sie, unseren Verhältnissen anpassend, gerecht sind.» Gewisse Aufgabenteile sind, obwohl der LANV sich inzwischen auch andere Zielsetzungen gegeben hat, erhalten geblieben. Derzeit gilt das Hauptaugenmerk des LANV der Überfremdung am Arbeitsplatz, dem «Problem Nr. 1», wie sich

LANV-Präsident Alfons Schädler auszudrücken pflegt. Schon vor zehn Jahren erklärte er, dass mit der Überfremdung «die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit und die Erhaltung der eigenen Substanz» einhergehe. Gleichzeitig forderte er die Behörden zu entschlossenem Handeln auf:

«Was die Frage der Überfremdung anbelangt, wäre es nun wirklich an der Zeit, dass sich die Spitzenpolitiker aus beiden Parteien, aber auch die Parteifunktionäre aus beiden Lagern, zusammenfinden würden, um Lösungen zu suchen und zu verwirklichen, die der Erhaltung unserer Eigenstaatlichkeit dienen und diese sichern.» Zudem gab er deutlich zu verstehen, dass die von der Regierung anvisierte «Drittelsbegrenzung» vom LANV als «Maximum» akzeptiert werden könne:

«Trotzdem konnte diese Drittelsbegrenzung nicht eingehalten werden, und dies sogar trotz Rückbürgerung von rund 1100 ehemaliger Liechtensteinerinnen.»

### Probleme nicht gelöst

Nach zehn Jahren kann mit Erstaunen festgehalten werden, dass sich in dieser

Hinsicht nichts geändert hat. Weder die Worte des LANV-Präsidenten, der selbst zu den «Spitzenpolitikern» gehört, haben eine Änderung in der Ausländerfrage bewirkt, noch wurden die Versprechungen anderer VU-Politiker in die Tat umgesetzt. Stattdessen verwendet die VU nicht die offiziellen Zahlen der Statistik aus dem Amt für Volkswirtschaft, denn damit liesse sich eine «Stabilisierung» des Ausländeranteils nicht begründen. Der Ausländeranteil liegt heute, einmal abgesehen von der stark gestiegenen Zahl von Grenzgängern aus der Schweiz und Österreich, immer noch deutlich über der «Drittelsgrenze», obwohl nach den Einbürgerungen von ehemaligen Liechtensteinerinnen auch einige hundert ausländische Kinder liechtensteinischer Mütter ebenfalls auf der anderen Seite der Statistik aufscheinen. Wer jedoch darauf hinweist, dem wird offiziell von der VU vorgeworfen, «gewohnte Nörgeleien» an der VU-Politik der Stabilisierung zu verbreiten. Vielleicht trifft dieser Vorwurf auch bald den LANV-Präsidenten, denn er ist es, der seit Jahren eine Umkehr der Ausländerpolitik fordert.

## Motorfahrzeugsteuer steht weiter zur Diskussion

Regierung sprach sich gegen Systemwechsel aus – Ändert der neue Landtag die Vorlage?

(G.M.) – Die Motorfahrzeugsteuer, die seit Jahren auf der gleichen Höhe belassen wurde, soll angehoben werden. Die Regierung hat dem Landtag einen entsprechenden Gesetzesentwurf im vergangenen Herbst zugestellt, der – entgegen den Forderungen eines vorher eingebrachten FBP-Postulates – keine Systemänderung vorsieht. Der Landtag nahm die Vorlage in erster Lesung in Behandlung, kritisierte jedoch das Vorgehen der Regierung, keine Änderung des Besteuerungssystems in Betracht zu ziehen. Der neue Landtag, der sich in nächster Zeit mit dieser Vorlage zu befassen hat, kommt möglicherweise nochmals auf die Bedenken hinsichtlich der Weiterführung des bisherigen Systems zurück.

Nach dem Regierungsvorschlag sollen die Personenwagen, Motorräder und Kleinmotorräder weiterhin nach der Grösse des Hubraumes besteuert werden, während die Besteuerung der Last- und Lieferwagen sowie Gesellschaftswagen nach dem Gesamtgewicht erfolgen soll. Der FBP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch, der zu den Mitunterzeichnern des

Der VU-Abgeordnete Beat Hasler konnte grundsätzlich dem Bonus-Malus-System zwar Positives abgewinnen, doch schliesslich meinte er doch, dass die Regierung die einfachste Lösung vorgeschlagen habe. Wörtlich meinte er, ein Ökonomie-System würde bei der vorgesehenen bescheidenen Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer sein Ziel verfehlen: «Wirksam könnte es nur werden, wenn man die Steuern zumindest verdreifachen würde. Für eine solche drastische Erhöhung gäbe es aber ganz sicher keine Volksmehrheit, weil auch die grünen Liechtensteiner selbst Autofahrer sind.»

Wesentlich differenzierter äusserte sich der FBP-Abgeordnete Josef Biedermann, der seiner Überzeugung Ausdruck gab, auf diesem Gebiete könnte unser Land als Kleinstaat vorbildhaft wirken: «Wir hätten die Chance, ein ökologisch vorbildliches und möglichst gerechtes Gesetz zu schaffen und könnten dadurch auch wertvolle Impulse für eine umweltgerechtere Besteuerung der Motorfahrzeuge in unseren Nachbarstaaten geben.» Nach der ersten Lesung wird diese Ge-

setzvorlage erneut den Landtag beschäftigen. Aufgrund der neuen Zusammensetzung des Landtags ist es möglich, dass nochmals eine Debatte über Beibehaltung oder Änderung des Besteuerungssystems geführt wird. Ansätze hat der Landtag im Dezember mit seiner Eintretensdebatte aufgezeigt – vielleicht nützt der Landtag in neuer Zusammensetzung die aufgezeigten Chancen. Postulates gehört, kritisierte, dass die Vorlage völlig an der Idee eines Bonus-Malus-Systems vorbeigehe und keine zukunftsweisenden Akzente setze. Auch der VU-Abgeordnete Dr. Helmut Matt fand es schade, dass in der Regierungsvorlage nicht auf mögliche Alternativvorschläge eingegangen werde, die nach seiner Auffassung «positive Ansatzpunkte zeigen und zu einem späteren Zeitpunkt Realisierungschancen besitzen.» Neue Besteuerungsgrundsätze haben nach seinen Ausführungen «viel Positives» an sich, da sie vom Verursacherprinzip ausgingen und bei einer «angemessenen Kilometerbesteuerung regulativ auf den Privatverkehr wirken» könnten.

## Tourismus weiter im Aufschwung

Zürich (spk) Das internationale Tourismusjahr 1988 hat weltweit einen weiteren Aufschwung erlebt. Zu diesem Ergebnis kommen die Welttourismusorganisation WTO und die OECD. Innerhalb des OECD-Raumes hat der grenzüberschreitende Fremdenverkehr nach den ersten vom Schweiz. Fremdenverkehrsverband veröffentlichten Trendzahlen um weitere 6 Prozent zugenommen.

Die Expansionstendenz im weltweiten Tourismus hat sich 1988 nach den bereits vorliegenden Zahlen der WTO weiter gefestigt. Nach ersten Schätzungen gingen rund 390 Millionen Touristen auf Reisen, 8,7 Prozent mehr als 1987. Demzufolge steigerte sich weltweit der Umsatz aus dem Tourismus um 22,8 Prozent auf 195 Milliarden Dollar. 63 Prozent der Reisen wurden im OECD-Raum – er umfasst 25 Länder auf 4 Kontinenten – unternommen. Die letztjährigen Resultate zeigen eine deutliche Progression im Fremdenverkehr in den Entwicklungsländern.

Auch in den OECD-Ländern wurde 1988 wiederum mehr gereist. Nach ersten Schätzungen erhöhten sich die Einreisen um 6,4 Prozent und die Übernachtungen um 3,5 Prozent.

## Investitionswachstum anhaltend hoch

Zürich (AP) In allen Sektoren der Schweizer Wirtschaft ist ein anhaltend hohes Investitionswachstum zu verzeichnen. Dies berichtete am Mittwoch die Konjunkturforschungsstelle (KOF) der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich (ETHZ) gestützt auf eine Umfrage unter mehr als 2 800 Betrieben der Industrie, der Bauwirtschaft und des Dienstleistungssektors. Die hohe Kapazitätsauslastung, die günstige Ertragslage und der anhaltende Rationalisierungsdruck beeinflussen laut KOF die Ausstattungsinvestitionen positiv.

Eine erneute Aufstockung der Investitionsausgaben planen dieses Jahr sämtliche Industriebranchen, wie die KOF berichtet. Die Investitionsziele seien vorwiegend durch Modernisierungszwänge und Rationalisierungen geprägt. Die Mehrzahl der Unternehmungen plane Ausstattungsinvestitionen. Vorgesehen sei eine durchschnittliche Kapazitätsausweitung um 3,4 Prozent.

Überdurchschnittliches Investitionswachstum erwartet die KOF im Bereich Steine und Erden sowie im Grafischen Gewerbe. In der Elektrotechnik und im Maschinenbau dürften die Käufe von Ausrüstungsgütern nach einer Stagnation im Vorjahr leicht steigen.

## Kein Image-Problem der Banken

Zürich (AP) Die Schweizer Banken haben nach Darstellung des Bankierpräsidenten Claude de Saussure kein Image-Problem wegen der Geldwäschereiaffäre auf dem Finanzplatz Schweiz. In einem Interview der Zeitschrift «bilanz» sagte de Saussure, nicht das Image der Banken, sondern jenes der Schweizer Regierung habe im Ausland gelitten.

Im Ausland sei «von der hierzulande spürbaren Hysterie» nichts zu merken. Auch die Eidgenössische Bankenkommission sei zum Schluss gekommen, dass sich die Banken punkto Geldwäscherei nicht viel vorzuwerfen hätten, auch die Schweizerische Kreditanstalt nicht. Auf die Frage, ob Geldwäschereiaffären etwas Schicksalhaftes seien, sagte der Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung: «Nicht nur die Banken, die Gesellschaft wird damit leben müssen. Es wird sie immer geben». In der Situation der «allgemeinen Hysterie» meine noch mancher, dass ein Geldwäscherei-Gesetz jeder Geldwäscherei den Riegel vorstossen könnte. Die Banken könnten aber ganz einfach nicht Polizist spielen. Gleichzeitig bekräftigte der Bankierpräsident, dass die Banken zu Verschärfungen bei den Bestimmungen gegen die Geldwäscherei Hand bieten würden.

## FL-Kunstschaffen nach Luxemburg

Die nächste Station der Ausstellung «Zeitgenössisches Kunstschaffen aus Liechtenstein» ist Luxemburg, nachdem diese Wanderausstellung bereits in Feldkirch, St. Gallen, München und Pfäffikon gezeigt wurde. Die Eröffnung der Ausstellung findet am 11. Mai in der luxemburgischen Hauptstadt statt. Veranstalter der Ausstellung ist das Kulturministerium des Grossherzogtums Luxemburg und der Kulturbeirat der liechtensteinischen Regierung.

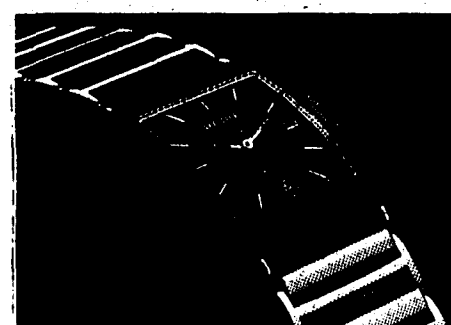
Begleitet wird die Ausstellung von weiteren kulturellen Veranstaltungen wie Konzerte des Vokalensembles Ulrich von Liechtenstein, Orgelkonzert sowie Tanz und Lesungen von liechtensteinischen Künstlern. Ausserdem wird das Theater am Kirchplatz die Eigenproduktion «Das Ende vom Anfang» aufzuführen.

## Sozialabkommen mit der Schweiz

(spk) In der Schweiz wohnhafte Hausfrauen von in Liechtenstein berufstätigen Ehemännern werden von der AHV-Pflicht befreit; deutsche Touristen müssen Schweizer Spitalaufenthalte nicht mehr bezahlen. Dies sehen zwei Sozialabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland und dem Fürstentum Liechtenstein vor, die der Bundesrat am Mittwoch zuhänden des Parlamentes gutgeheissen hat.

In der Schweiz wohnhafte Hausfrauen, deren Mann im «Ländle» arbeitet, sollen wie alle übrigen «nicht berufstätigen» Frauen in der Schweiz von der AHV-Beitragspflicht befreit werden. Dies sieht ein neues Sozialabkommen zwischen der Schweiz und Liechtenstein vor, das der Bundesrat dem Parlament zur Annahme empfiehlt.

Die Landesregierung hiess ferner zuhänden von National- und Ständerat ein zusätzliches Sozialabkommen mit der Bundesrepublik Deutschland gut. Danach sollen bundesdeutsche Feriengäste in der Schweiz und Schweizer Touristen in der Bundesrepublik Deutschland allfällige Spitalaufenthalte ohne Spezialversicherung via Krankenkasse berappen können. Das Abkommen mit Deutschland wurde am 2. März unterzeichnet, jenes mit Liechtenstein am 8. März. Beide Vereinbarungen treten in Kraft, sobald sie von den Parlamenten abgesegnet worden sind.



### Die Zukunft an Ihrem Handgelenk.

Rado Diastar Anatom, wasserdicht, kratzfestes Keramikband und Saphirglas, für Damen und für Herren Fr. 1600.-.

**RADO**

huber

schmuck · uhren · juwelen  
Stäcke 34 und Rathausplatz  
9490 Vaduz/Liechtenstein

Schöner arbeiten mit LISTA

**33 Center**

A. BECK AKTIENGESELLSCHAFT  
NEUCHÂTEL, PL. 9498 TRÉBEN  
TELEFON 078/8 93 77